

## 2. DIE GESAMTWIRTSCHAFT

### 2.1. Internationale Wirtschaft in den Jahren 2002/2003

- In den OECD-Ländern erholte sich die Wirtschaft **2002** nur sehr langsam von der schlechten Entwicklung im Jahre 2001; die BIP-Steigerung betrug 1,9 Prozent nach 0,8 Prozent im Jahr davor.

In den USA beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum nach der Rezession des Jahres 2001 wieder auf 1,4 Prozent. Allerdings erwies sich dieser Aufschwung als nicht sehr robust, was sich im Jahresverlauf in einer labilen Entwicklung bei wichtigen ökonomischen Indikatoren niederschlug. Aus diesem Grund sah sich die Notenbank der USA mehrmals gezwungen, den Leitzins kräftig zu senken, um die Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zu stützen. Auch die Unsicherheit über den Irak-Krieg dürfte die Investitionsaktivitäten merklich gedämpft haben.

Die Arbeitslosenquote stieg in den USA aufgrund des unterdurchschnittlichen Wirtschaftswachstums und der unsicheren Aussichten deutlich an und erhöhte sich gegen Jahresende auf 6 Prozent, den höchsten Stand seit über sieben Jahren. Das bereits seit Jahren hohe Leistungsbilanzdefizit vergrößerte sich auch im Jahre 2002; neben den durch die rege Konsumnachfrage ausgelösten Importsog trug auch der Dollarkursverfall seit Mitte 2002 deutlich zur Passivierung der Leistungsbilanz bei.

Die schon seit über zwei Jahrzehnten in einer Krise verharrende japanische Wirtschaft hielt auch 2002 an; das reale Bruttoinlandsprodukt ging um 0,4 Prozent zurück. Vor dem Hintergrund der schlechten Wirtschaftslage hielt der Beschäftigungsrückgang an, die Arbeitslosenquote stieg kontinuierlich und erreichte mit 5,4 Prozent eine für Japan ungewöhnlich hohe Marke.

Im übrigen asiatischen Raum entwickelte sich die Wirtschaft 2002 trotz der Schwierigkeiten auf den internationalen Aktienmärkten, der Schwäche in den USA und Japan sowie der Turbulenzen in Lateinamerika relativ erfolgreich. Das starke Wirtschaftswachstum in China (+ 8 Prozent) und die lebhafte Expansion in Südkorea und Malaysia machten diese Region zum dynamischsten Wirtschaftsraum.

Die Wirtschaft der EU gewann zwar nach der Konjunkturlaute in der ersten Jahreshälfte 2002 wieder an Dynamik; in der Folge beschleunigte sich die Expansion jedoch nicht weiter. Im Euro-Raum stieg daher das reale BIP im Jahresdurchschnitt 2002 um 1 Prozent. Die anhaltende Konjunkturlaute stoppte 2002 auch den in den letzten Jahren beobachteten Rückgang der Arbeitslosenquote in der Euro-Zone: Sie stieg auf über 8 Prozent an.

- International belebte sich die Wirtschaft im Laufe des Jahres **2003**. Während China ein kontinuierlich kräftiges Wachstum verzeichnete, zeigte sich in den USA und in Japan erst im zweiten Halbjahr eine deutliche Zunahme der Dynamik. Im OECD-Durchschnitt erhöhte sich das reale BIP 2003 um 2,1 Prozent. In der EU bzw. im Euro-Raum war allerdings kaum eine Zunahme in der wirtschaftlichen Aktivität über den Jahresverlauf zu erkennen.

In den USA schritt die wirtschaftliche Erholung 2003 weiter voran (+ 3,1 Prozent). Geld- und Fiskalpolitik blieben expansiv und ab dem zweiten Halbjahr nahm die Investitionsnachfrage wieder deutlich zu. Die von den wirtschaftspolitischen Maßnahmen (Senkung des Leitzinssatzes, Steuererleichterungen, vermehrte Staatsausgaben u. a.) begünstigte Ausweitung der privaten Nachfrage bewirkte einen beträchtlichen Importsog, welcher die Leistungsbilanz 2003 abermals belastete.

In Japan könnte die bereits lang andauernde Wirtschaftsflaute 2003 überwunden worden sein: Nach dem Rückgang von 0,4 Prozent im Vorjahr nahm das reale BIP 2003 wieder um 2,7 Prozent zu. Grund dieser Bele-

## INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

## Übersicht 1

	BIP real			HVPI <sup>1</sup>			Arbeitslosenrate in % <sup>2</sup> (Jahresdurchschnitt)		
	Veränderung zum Vorjahr in Prozent								
	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
<b>Österreich</b>	<b>1,0</b>	<b>1,4</b>	<b>0,9</b>	<b>2,3</b>	<b>1,7</b>	<b>1,3</b>	<b>3,6</b>	<b>4,3</b>	<b>4,4</b>
Deutschland <sup>3</sup>	0,6	0,2	0,0	1,9	1,3	1,0	7,8	8,7	9,7
Frankreich	1,8	1,2	0,1	1,8	1,9	2,2	8,5	8,8	9,4
Vereinigtes Königreich	2,2	1,7	2,0	1,2	1,3	1,4	5,0	5,1	5,0
Italien	1,8	0,4	0,4	2,3	2,6	2,8	9,4	9,0	8,6
Griechenland	4,1	3,8	4,1	3,7	3,9	3,4	10,4	10,0	9,3
Spanien	2,8	1,9	1,4	2,8	3,6	3,1	10,6	11,3	11,3
Belgien	1,0	0,7	0,8	2,4	1,6	1,5	6,7	7,3	8,1
Niederlande	1,1	0,2	-0,9	5,1	3,9	2,2	2,5	2,7	3,8
Dänemark	0,9	2,1	0,8	2,3	2,4	2,0	4,3	4,6	5,6
Schweden	1,2	2,0	2,3	2,7	2,0	2,3	4,9	4,9	5,6
Portugal	1,7	0,4	-0,8	4,4	3,7	3,3	4,1	5,1	6,4
Irland	6,8	6,9	1,6	4,0	4,7	4,0	3,9	4,3	4,6
Luxemburg	3,5	1,3	1,2	2,4	2,1	2,5	2,1	2,8	3,7
Finnland	0,7	2,2	1,4	2,7	2,0	1,3	9,1	9,1	9,0
EU-15	1,6	1,0	0,7	2,2	2,1	2,0	7,4	7,7	8,1
USA	1,2	2,4	2,5	2,8	1,5	2,3	4,7	5,8	6,0
Japan	-0,5	0,3	1,0	-0,7	-1,0	-0,2	5,0	5,4	5,3

Q.: Eurostat. nationale Quellen, OECD

<sup>1</sup> EU-Staaten ab 1996: Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI);  
EU-15: Europäischer Verbraucherpreisindex (EVP).

<sup>2</sup> Gemäß den EU-Kriterien.

<sup>3</sup> Einschließlich ehemaliger DDR.

bung war ein deutliches Anziehen der Investitionen und des Exports, wobei sich bei Letzterem vor allem die kräftige Nachfrage aus China günstig auswirkte. Trotz positiver Wirtschaftsentwicklung hielt sich die Entspannung auf dem japanischen Arbeitsmarkt in Grenzen.

Trotz einer deutlichen Verbesserung der internationalen Konjunktur entwickelte sich die Wirtschaft im Euro-Raum 2003 sehr gedämpft. Ab dem zweiten Halbjahr trat eine leichte Erholung ein, jedoch betrug das Wachstum im Jahresdurchschnitt lediglich 0,4 Prozent. Auch der Arbeitsmarkt spiegelte 2003 die Konjunkturlaute wider. Die Beschäftigung stagnierte im Euro-Raum im Jahresdurchschnitt 2003 (- 0,1 Prozent), die standardisierte Arbeitslosenquote stieg von 8,4 Prozent (2002) auf 8,8 Prozent (2003) an.

Die Wachstumsschwäche im Durchschnitt des Euro-Raumes war abermals hauptsächlich auf die schlechte Wirtschaftslage in Deutschland zurückzuführen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnierte das zweite Jahr in Folge (2002: + 0,2 Prozent, 2003: - 0,1 Prozent). Auch in Deutschland verbesserte sich die Produktivität, allerdings schlug sich dies nicht wie in den USA in einem höheren Wirtschaftswachstum nieder, sondern in einer ungünstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Nachdem die Beschäftigung bereits im Vorjahr gesunken war, ging sie 2003 abermals zurück; die Arbeitslosenquote stieg von 7,8 Prozent (2001) auf 8,7 Prozent (2002) und 9,7 Prozent (2003) an.

## 2.2 Österreichs Wirtschaft in den Jahren 2002/2003

### 2.2.1. Wirtschaftswachstum

- In Österreich lag das **Wirtschaftswachstum 2002** mit 1,4 Prozent nur unwesentlich über dem Vorjahreswert (1,0 Prozent). Nach dem im ersten Halbjahr einsetzenden Aufschwung ließen die Auftriebskräfte im weiteren Jahresverlauf merklich nach. Dazu trug insbesondere als Reaktion auf die internationale Börsenkrise und die anhaltend unsichere internationale Konjunktur zur Zurückhaltung der Unternehmen bei. Die Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002 beeinträchtigte ebenfalls die heimische Produktion.

Lediglich der Außenbeitrag erwies sich im Jahre 2002 als Konjunkturstütze: Zwar fiel das Exportwachstum mit real + 2,6 Prozent mäßig aus; wegen der Schwäche der heimischen Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern stagnierte aber der Import (+/- 0,0 Prozent). Als Konsequenz verringerte sich das Leistungsbilanzdefizit, wodurch erstmals seit über einem Jahrzehnt der Saldo ausgeglichen war.

Die Konjunkturschwäche verschlechterte die Arbeitsmarktlage 2002 abermals. Die Zahl der Arbeitsplätze war im Jahresdurchschnitt 2002 um fast 15.000 (- 0,5 Prozent) niedriger als im Vorjahr. Besonders betroffen waren neben der Sachgüterproduktion (- 2,5 Prozent) das Bauwesen (- 2,8 Prozent) und das Verkehrsnachrichtenwesen (- 1,8 Prozent).

Der harmonisierte europäische **Verbraucherpreisindex** (HVPI) wies im Jahresdurchschnitt 2002 einen Anstieg um 1,7 Prozent aus. Damit lag

Österreich unter den Euro-Ländern mit der niedrigsten Inflationsrate an dritter Stelle nach Deutschland (+ 1,3 Prozent) und Belgien (+ 1,6 Prozent).

- Auch im Jahre **2003** expandierte die österreichische Wirtschaft mit + 0,9 Prozent nur geringfügig. Die Steigerung war etwas stärker als im EU-Durchschnitt (+ 0,7 Prozent) und erheblich kräftiger als jene der Haupt-handelspartner Deutschland (- 0,1 Prozent) und Italien (+ 0,4 Prozent). Den größten Wachstumsbeitrag lieferte die Investitionsnachfrage: Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr real um 6,2 Prozent, sowohl Maschinen und Elektrogeräte (+ 6,8 Prozent) als auch Fahrzeuge (+ 4,1 Prozent) wurden verstärkt angeschafft.

Als eigentliche Konjunkturstütze erwiesen sich die Bauinvestitionen. Nach dem Rückgang in den zwei Jahren zuvor wurden sie 2003 deutlich ausgeweitet (+ 2,8 Prozent).

## ENTWICKLUNG DER VERBRAUCHERPREISE

## Übersicht 2

	Ø 1991/2003	2002	2003
	Jährliche Ver- änderung	Veränderung gg. Vorjahr	
	in Prozent		
Index der Verbraucherpreise (national)	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,3
<b>Verbrauchsgruppen</b>			
Ernährung und Getränke	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,0
Tabakwaren	+ 4,1	+ 5,6	+ 3,6
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,3
Beleuchtung und Beheizung	+ 0,4	- 2,0	+ 1,4
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,6
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,0
Körper- und Gesundheitspflege	+ 2,2	+ 2,5	+ 0,8
Freizeit und Bildung	+ 2,2	+ 3,3	+ 1,1
Verkehr	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,8
<b>Gliederung nach Warenart</b>			
Industrielle und gewerbliche Waren	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,8
Dienstleistungen	+ 2,6	+ 3,0	+ 1,7
Energie	+ 0,3	- 2,4	+ 0,8
Q.: Monatsberichte 4/04 des Wifo			

Im Gegensatz zum Vorjahr verlangsamte sich die österreichische Exportwirtschaft 2003 deutlich (+ 1 Prozent), während jedoch der Gesamtimport mit real 3 Prozent deutlich stärker expandierte.

Gemessen am HVPI gehörte Österreich mit 1,3 Prozent abermals zu den preisstabilsten Ländern im Euro-Raum (2,1 Prozent). Lediglich Deutschland wies mit 1 Prozent eine niedrigere Inflationsrate auf; in Finnland betrug der Preisanstieg ebenfalls 1,3 Prozent.

Vor dem Hintergrund der Konjunkturschwäche blieb die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt ungünstig: Die Zahl der Arbeitslosen stieg um 3,2 Prozent (rund 7.600 Personen) an, so dass sich die Arbeitslosenquote nach AMS-Definition auf 7 Prozent, jene nach Eurostat-Definition auf 4,4 Prozent erhöhte.

## **2.2.2. Lohnentwicklung 2002/2003**

Im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft stiegen laut Tariflohnindex die tariflichen Mindestlöhne im Jahre 2002 um 2,4 Prozent und 2003 um 2,2 Prozent, womit sie im Vorjahresvergleich jeweils um etwa einen Viertelprozentpunkt schwächer ausfielen. Nachdem 2002 die Tariflohnentwicklung im öffentlichen Dienst (+ 1,1 Prozent) deutlich hinter der Privatwirtschaft (+ 2,7 Prozent) zurückgeblieben war, holte sie 2003 mit 2,5 Prozent etwas auf. In der Privatwirtschaft stiegen 2003 die Mindestlöhne im Vorjahresvergleich etwas schwächer an: Während 2002 sowohl die Löhne der Arbeiter als auch die Gehälter der Angestellten um jeweils 2,7 Prozent verbessert wurden, erhöhten sie sich 2003 für Arbeiter um 2,2 Prozent und für Angestellte um 2,1 Prozent. In der Industrie lagen die jeweiligen Zuwächse um 0,1 Prozent darüber und im Handel darunter.

Nach einer negativen Lohndrift im Vorjahr nahmen 2003 trotz anhaltender Wachstumsschwäche die Effektivverdienste etwas stärker zu als die Tariflöhne. Nach den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wuchsen die Leistungseinkommen der Arbeitnehmer um 2,3 Prozent (2002: + 2,2 Prozent); die gesamtwirtschaftliche Lohn- und Gehaltssumme erhöhte sich mit + 2,6 Prozent um rund 0,5 Prozent stärker als in den zwei vorangegangenen Jahren. Die Bruttoreallöhne pro Kopf (2001: – 0,8 Prozent) sind in den letzten zwei Jahren wiederum gestiegen (2002: + 1 Prozent, 2003: + 0,5 Prozent). Die für die Kaufkraft entscheidenden Nettoverdienste haben 2002 um 0,8 Prozent und 2003 um 0,2 Prozent zugenommen.

## **2.2.3. Österreichische Leistungsbilanz**

In den beiden Berichtsjahren war die Österreichische Leistungsbilanz nahezu ausgeglichen: Im Jahre 2002 gestaltete sie sich mit + 0,7 Milliarden Euro seit langem positiv, im Jahre 2003 betrug der Abgang knapp eine Milliarde Euro. Die geringfügige Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr entstand durch die leichte Belebung der Warenimporte bei stagnierenden Exporten. Trotzdem blieb der Saldo im Waren- und Dienstleistungshandel mit dem Ausland auch 2003 positiv.

Der Leistungsbilanzsaldo wird durch die von Jahr zu Jahr unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Teilbilanzen ganz wesentlich mitbestimmt. Die bedeutendsten Bestimmungsmerkmale sind beispielsweise die Salden der Güter- und Dienstleistungstransaktionen, des Reiseverkehrs, der Direktinvestitionen im Ausland sowie in Österreich bzw. der Kapitalbilanzen.

- Der Saldo der **Handelsbilanz** war in den letzten Jahren ganz wesentlich von den internationalen Rahmenbedingungen, die sich insbesondere auf den österreichischen Export ungünstig ausgewirkt hatten, bestimmt. Bei den wichtigsten Handelspartnern im Euro-Raum – insbesondere Deutschland – kam die Konjunktur nicht in Gang. Damit flachte das Wachstum der österreichischen Ausfuhr in den EU-Binnenmarkt merklich ab. Die größten Nachfrageimpulse für den Export kamen aus Südosteuropa und Südostasien. Während 2002 durch höhere Exporte bzw. durch verminderte Importe die Handelsbilanz noch positiv ausfiel, war sie 2003 durch verminderte Exporte sowie durch einen deutlichen Importanstieg negativ.

- Im internationalen Vergleich schnitt 2002 die österreichische **Tourismuswirtschaft** gut ab. Damit war Österreich das einzige europäische Land, das signifikante Marktanteilsgewinne verbuchte. Von den im internationalen Reiseverkehr wichtigen Herkunftsländern waren die Nächtigungen von Gästen aus Japan, den USA, Australien und Spanien deutlich rückläufig, die Zahl der Übernachtungen deutscher Gäste stieg jedoch an. Die Umsätze fielen in der Sommersaison mit einer Wachstumsrate von 7,3 Prozent wesentlich günstiger aus als in der Wintersaison. Die Ausgaben der Ausländer expandierten um 8,3 Prozent, während jene der Inländer das Vorjahresniveau nur um 3,9 Prozent überstiegen.

2003 war die internationale Tourismusedwicklung insbesondere vom Irak-Konflikt, vom Auftreten einer SARS-Epidemie sowie von einer schwachen Konjunktur geprägt. Im Gegensatz zur internationalen Entwicklung nahm jedoch die Zahl der ausländischen Gästeankünfte in Österreich um 2,5 Prozent zu und erreichte neuerlich einen Höchstwert von 19,1 Millionen Gästen. Trotz sinkender Aufenthaltsdauer um 4,8 Prozent konnte die österreichische Tourismuswirtschaft ihren Marktanteil neuerlich erhöhen. Damit gehört Österreich gemeinsam mit Belgien und Luxemburg, Irland und Spanien zu den Ländern mit den stärksten Marktanteilsgewinnen in Europa.

Diese Verbesserung der Wettbewerbsposition ging ähnlich wie in den Vorjahren in erster Linie auf Qualitäts- und Strukturverbesserungen sowie auf die erfolgreiche Vermarktung als qualitativ hochwertige Tourismusdestination zurück. Weiters wirkte sich die wachsende Verunsicherung der Gäste angesichts der erhöhten Reiserisiken zugunsten Österreichs aus. Nach einer im Vorjahresvergleich besseren Wintersaison schwächten sich im Sommerhalbjahr 2003 die Tourismusumsätze gegenüber der Vergleichsperiode 2002 ab (+ 4,8 Prozent, 2002: + 7,2 Prozent). Die Ausgaben der Österreicher für Inlandsaufenthalte expandierten im Sommer mit + 6 Prozent stärker als die Aufwendungen von ausländischen Gästen in Österreich (+ 4,5 Prozent).

- Die Gesamtheit aller Transaktionen im Rahmen der Zahlungsbilanz führte im Berichtszeitraum zu einer Zunahme der „**offiziellen Währungsreserven**“ von 1,8 Milliarden Euro (2002) bzw. 1,0 Milliarden Euro (2003).

## 2.2.4. Bundeshaushalte 2002 und 2003

Nach einem nahezu ausgeglichenen Budget für den gesamten öffentlichen Sektor in den Jahren 2001 und 2002 wurde 2003 unter Berücksichtigung des Nettoeffekts von Währungsswaps ein Abgang von 1,3 Prozent des BIP erreicht. Die Verschlechterung gegenüber dem Jahr 2002 um 1,1 Prozentpunkte war einerseits konjunkturell bedingt, andererseits aber abgesehen von den budgetären Belastungen durch die Hochwasserkatastrophe 2002 und den Auswirkungen der Konjunkturprogramme auf strukturelle Maßnahmen im Bereich der Familienförderung und Altersteilzeit zurückzuführen. Insgesamt sank im Jahre 2003 die Ausgabenquote um 0,1 Prozentpunkte des BIP im Vergleich zum Vorjahr. Der Anteil der Einnahmen am BIP ging gegenüber 2002 um 1,2 Prozent zurück. Konjunkturbedingt bzw. aufgrund der im Zuge der Hochwasserhilfe und der verabschiedeten Konjunkturprogramme gewährten Steuererleichterungen verringerte sich im Jahre 2003 die Abgabenquote im Vergleich zum Vorjahr um 1 Prozent auf 43,3 Prozent des BIP.

- Das im **Bundesvoranschlag 2002** veranschlagte Budgetdefizit ist im Vollzug mit 2,4 Milliarden Euro um 1,6 Milliarden Euro (+ 188,6 Prozent) überschritten worden; damit machte es 1,2 Prozent des realen BIP aus. Geringfügig höheren Einnahmen als erwartet (+ 882 Millionen Euro gegenüber dem BVA) stehen deutlich höhere Mehrausgaben (+ 2,4 Milliarden Euro mehr als im BVA) gegenüber.

Die öffentlichen Abgaben (brutto, vor Überweisung der Ertragsanteile an Fonds, Länder und Gemeinden bzw. des Mitgliedsbeitrages an die EU) gingen 2002 um 2,3 Prozent auf knapp 55 Milliarden Euro zurück. Während sich die Lohnsteuer (+ 2,5 Prozent), Umsatzsteuer (+ 9,6 Prozent) sowie die gesamten Verbrauchssteuern (+ 7,5 Prozent) erhöhten, sanken

### BUNDESHAUSHALT 2002 und 2003

### Übersicht 3

	Bundesrechnungswabschluss 2002	Bundesvoranschlag 2003	Vorläufiger Gebarungserfolg 2003	Unterschied vorläufiger Gebarungserfolg 2003 gegenüber			
				BRA 2002		BRA 2003	
				in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
in Millionen Euro							
<b>Allg. Haushalt Ausgaben</b>	61.812	61.355	61.390	- 422	- 0,7	+ 35	+ 0,1
Einnahmen	59.428	57.414	57.892	- 1.536	- 2,6	+478	+ 0,8
Saldo <sup>1</sup>	-2.390	-3.941	-3.498	+ 1.108	+46,4	-443	-11,2
<b>Ausgleichshaush. Ausgaben</b>	34.697	51.276	51.623	+16.926	+48,8	+347	+ 0,7
Einnahmen	37.087	55.217	55.121	+18.034	+48,6	- 96	- 0,2
Saldo	+2.390	+3.941	+3.498	+ 1.108	+46,4	-443	-11,2
<b>Q.: BM für Finanzen</b>							

<sup>1</sup> Entspricht dem Begriff „Nettodefizit“ des früheren Haushaltsrechts.

bei den Einkommen- und Vermögenssteuern vor allem die veranlagte Einkommensteuer (– 21,6 Prozent) sowie die Körperschaftssteuer (– 26,9 Prozent).

- Im Vollzug des **Bundesvoranschlags 2003** waren die Einnahmen um 476 Millionen Euro bzw. 0,8 Prozent höher als veranschlagt; die Ausgaben überstiegen den Voranschlag um 35 Millionen Euro (+ 0,1 Prozent).

Bei den öffentlichen Abgaben (brutto), die 2003 im Vorjahresvergleich wieder um 2,6 Prozent absanken, waren neuerlich die veranlagte Einkommensteuer (– 14,4 Prozent) und Körperschaftssteuer (– 5 Prozent) sowie auch die Umsatzsteuer (– 6,6 Prozent) rückläufig, während die Lohnsteuer um 4,5 Prozent sowie die Verbrauchssteuern um 5,1 Prozent ausgeweitet wurden.

- Die **Finanzschulden** des Bundes erhöhten sich 2002 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent auf 124 Milliarden Euro und 2003 um 2,3 Prozent auf 126,9 Milliarden Euro. Gemessen am nominellen BIP verringerte sich der Schuldenstand von 57,1 Prozent (2001) auf 56,8 Prozent (2002) bzw. 56,6 Prozent (2003).

Der Gesamtaufwand für die Schuldentilgung betrug 2002 21 Millionen Euro (+ 17,9 Prozent) und 2003 22,5 Millionen Euro (+ 7,2 Prozent).

Der Anteil des Schuldenaufwandes an den gesamten öffentlichen Ausgaben weitete sich von 29,5 Prozent (2001) auf 34 Prozent (2002) bzw. auf 36,6 Prozent im Jahre 2003 aus; siehe **Tabellen 8 und 9**.

## **2.3. Wirtschaftslage in der Steiermark in den Jahren 2002/2003**

### **2.3.1. Wirtschaftsentwicklung**

Die starke internationale Verflechtung hat in den beiden Berichtsjahren auch die wirtschaftliche Entwicklung in der Steiermark, die wiederum sehr stark auf die **Sachgütererzeugung** ausgerichtet war, bestimmt. Die allgemeine Konjunkturlaute setzte in der Steiermark verzögert ein. Die Umsätze der Sachgüterproduktion nahmen erst ab dem Sommer 2002 ab und erreichten in der ersten Jahreshälfte 2003 (– 10,5 Prozent) den Tiefpunkt. In der zweiten Jahreshälfte 2003 expandierten sie bereits um 5,3 Prozent, im Jahresdurchschnitt blieben sie aber unter dem Ergebnis von 2002. Entscheidend für die Wende war die Fahrzeugindustrie, deren Umsätze nach – 47,6 Prozent im ersten Halbjahr in der zweiten Jahreshälfte um 44,5 Prozent anstiegen. Im Sommer 2003 belebten sich auch die Baustoff- und die Textilindustrie. Hingegen sanken in der Papier-, Möbel- und Bekleidungsindustrie sowie in Teilen der Elektroindustrie und im Maschinenbau die Umsätze im gesamten Jahresverlauf. Mit der Produktion nahm im Sommer auch die Beschäftigung zu (2. Halbjahr: + 1,1 Prozent), ein Teil des Wachstums kam aber auch durch die Produktivitätssteigerung zustande.

Nach den merklichen Rückschlägen in den zwei Jahren davor erholte sich die **Bauwirtschaft** im Jahre 2003 wiederum deutlich. Ihr Produktionswert stieg in allen Bundesländern allerdings mit großen regionalen Schwankungen. Die steirische Baukonjunktur (+ 8,8 Prozent) war besonders vom Hochbau (+ 13,7 Prozent) bestimmt.

In der Energie- und Wasserversorgung setzte sich das Wachstum des Vorjahres fort. Neben Kärnten (+ 22 Prozent) und Salzburg (+ 13,7 Prozent) war es auch in der Steiermark (+ 11,4 Prozent) besonders dynamisch. Im Vorjahresvergleich brachte auch die Tourismuswirtschaft im Jahre 2003 neuerlich ein zufrieden stellendes Ergebnis. In der Steiermark resultierte das günstige Ergebnis vor allem aus der Steigerung der Gästeankünfte (+ 4,6 Prozent) und weniger aus der Zunahme der Übernachtungen (+ 1,1 Prozent). Während im Winterhalbjahr bei vermehrten Ankünften (+ 2,2 Prozent) die Zahl der Übernachtungen stagnierte, verbesserte sich im Vorjahresvergleich die Zahl der Ankünfte um 6,4 Prozent und jene der Übernachtungen um 2,8 Prozent. Dazu trug insbesondere auch der überdurchschnittliche Gästezuwachs in Graz (Kulturhauptstadt 2003) bei.

## KENNZAHLEN ZUR WIRTSCHAFTLAGE IN STEIERMARK, 2000 bis 2003

## Übersicht 4

	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gg. Vorjahr in Prozent			
Beschäftigung (Pers.) <sup>1</sup>	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,9
darunter ausl. Arbeitnehmer	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,9	+ 6,4
Arbeitslose	-12,8	+ 2,4	+11,8	+ 2,5
offene Stellen	-	- 9,2	-17,3	+ 3,5
Produktionsindex <sup>2</sup>	-	+ 1,8	- 1,8	+ 6,6
Sachgüterbereich				
Auftragseingänge insgesamt	-	+ 7,4	- 5,6	+ 2,8
davon: Inland	-	+21,1	-13,9	-19,2
Bauwesen: Auftragseingänge				
Inland	-	- 7,9	+ 3,5	+13,6
davon: öffentl. Auftraggeber	-	-29,6	+ 6,6	+10,8
private Auftraggeber	-	- 1,1	+ 2,7	+14,3
Verbrauch von elektr. Energie (MWh)	+ 5,9	+ 3,4	-	-
Reiseverkehr (Nächtigungen) <sup>3</sup> (Pers.)	+ 0,9	+ 2,9	+ 1,1	+ 1,1
davon: Inländer	+ 2,2	+ 2,2	- 0,7	± 0,0
Ausländer	- 1,6	+ 4,1	+ 4,6	+ 2,7
Q.: Statistik Austria, AMS Steiermark, LASTAT Steiermark				

<sup>1</sup> Einschließlich Präsenzdienern und Karenzurlaubsgeldbeziehern.

<sup>2</sup> Neuer Index der Produktion mit der Basis = 2000 = 100.

<sup>3</sup> Nächtigungen in allen Unterkunftsarten im Kalenderjahr.

DIE NÄCHTIGUNGSENTWICKLUNG IN STEIERMARK NACH BEZIRKEN  
(Übernachtungen insgesamt in allen Unterkunftsarten)

	Kalenderjahre				
	1999	2000	2001	2002	2003
	Veränderung gg. Vorjahr in Prozent				
Graz-Stadt	+ 5,0	+ 5,3	- 0,2	+ 10,3	+ 22,9
Bruck an der Mur	+ 1,9	+ 2,2	- 2,7	- 4,5	+ 1,3
Deutschlandsberg	+ 0,4	- 1,9	- 9,1	- 2,0	+ 1,2
Feldbach	+11,1	+ 4,2	- 5,0	- 10,1	- 0,3
Fürstenfeld	+ 2,6	+ 6,8	+14,6	+ 3,8	- 3,1
Graz-Umgebung	± 0,0	+ 2,8	- 4,0	+ 2,4	+ 9,9
Hartberg	+ 4,8	+ 0,6	- 1,4	+ 3,9	- 2,9
Judenburg	+ 2,4	+ 0,4	- 6,7	- 4,5	+ 0,2
Knittelfeld	+10,3	-21,5	+21,4	- 10,0	+ 6,1
Leibnitz	+ 1,9	+ 6,7	+11,4	+ 5,3	+ 2,0
Leoben	+15,0	+ 9,5	-11,3	+ 3,9	- 4,8
Liezen	+ 2,8	- 1,2	+ 3,3	+ 0,4	- 2,1
Mürzzuschlag	+ 4,4	- 8,1	+ 3,2	+ 2,6	- 5,5
Murau	+ 2,0	+ 0,7	+ 6,1	+ 1,4	+ 6,7
Radkersburg	+ 2,0	+ 6,9	+19,0	+ 2,5	- 3,3
Voitsberg	+ 3,5	- 1,1	- 0,7	+ 4,2	+ 3,0
Weiz	- 0,7	- 2,2	+ 0,3	- 3,5	+ 4,7
<b>Steiermark</b>	<b>+ 3,3</b>	<b>+ 0,9</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 1,1</b>
Q.: Amt der Stmk. Landesregierung, Landesamtsdirektion, Landesstatistik					

### 2.3.2. Steirischer Arbeitsmarkt 2002/2003

Die konjunkturelle Entwicklung beeinflusste die Beschäftigung in der Steiermark in den beiden Berichtsjahren wie folgt:

Nach einer Stagnation im Jahre 2002 (+ 0,2 Prozent) stieg die Zahl der unselbstständig Beschäftigten im Jahre 2003 um 0,9 Prozent auf einen neuerlichen Höchststand von 437.470 an.

- Nach + 6,4 Prozent (2001) und + 1,9 Prozent (2002) erhöhte sich die Zahl der Ausländerbeschäftigung im Jahre 2003 um 6,4 Prozent auf 25.576 Personen.

	2001		2002		2003	
	abs.	gg. Vj. in %	abs.	gg. Vj. in %	abs.	gg. Vj. in %
<b>1. Unselbstständig Beschäftigte<sup>1</sup></b> (einschl. Präsenzdienler und Karenzurlaubsgeldbezieher)	<b>432.779</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>433.624</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>437.470</b>	<b>+ 0,9</b>
<b>2. Ausländerbeschäftigung</b>	23.584	+ 6,4	24.031	+ 1,9	25.576	+ 6,4
<b>3. Offene Stellen</b>	3.466	- 9,2	2.868	- 17,3	2.967	+ 3,5
<b>4. Vorgemerkte Arbeitslose</b>	30.181	+ 2,4	<b>33.735</b>	<b>+ 11,8</b>	<b>34.594</b>	<b>+ 2,5</b>
davon: 15 bis 25 Jahre alt	5.200	+ 6,9	6.096	+ 17,2	6.356	+ 4,3
über 50 Jahre alt	5.338	- 2,3	5.861	+ 9,8	5.944	+ 1,4
<b>5. Stellenandrang<sup>2</sup></b>	8,7	+ 13,0	11,8	+ 35,6	11,7	- 0,8
<b>6. Arbeitslosenrate</b>	<b>6,5 %</b>		<b>7,2 %</b>		<b>7,3 %</b>	
<b>7. Lehrstellensuchende Jugendliche</b> (Jahresdurchschnitt)	817	+ 8,2	827	+ 1,2	804	- 2,8
<b>8. Offene Lehrstellen</b> Jahresdurchschnitt	322	+ 8,8	280	- 13,0	275	- 1,8
Q.: AK-Jahresberichte						

<sup>1</sup> Arbeitskräftepotenzial.    <sup>2</sup> Arbeitslose je offene Stelle.

- Nach einer deutlichen Ausweitung der Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahre 2002 (+ 11,8 Prozent) erhöhte sich diese Zahl im Jahre 2003 um 2,5 Prozent auf 34.594; dabei hat sich insbesondere die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen (bis 25 Jahre) überdurchschnittlich stark ausgeweitet (2002: + 17,2 Prozent, 2003: + 4,3 Prozent).
- Die Zahl der lehrstellensuchenden Jugendlichen stieg 2002 um 1,2 Prozent auf 827 und sank 2003 um 2,8 Prozent auf 804 ab.
- Die Arbeitslosenrate (gemäß den nationalen Kriterien) erhöhte sich von 6,5 Prozent (2001) auf 7,2 Prozent (2002) und auf 7,3 Prozent (2003).

### 2.3.3. Landesvoranschläge 2002 und 2003

Die nachfolgende Übersicht 7 zeigt die Entwicklung der Landesvoranschläge in den Jahren 2002 und 2003 sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt auf. Dabei fällt auf, dass nach einer deutlichen Verringerung des Gesamtabganges (o. H. und ao. H.) im Jahre 2001 dieser auch in den beiden Berichtsjahren auf relativ niedrigem Niveau gehalten werden konnte.

Die Einnahmen des **Finanzausgleiches** stiegen 2002 um 1,2 Prozent und 2003 um 2,8 Prozent auf 1.262 Millionen Euro an. Der Anteil des Finanzausgleiches an den Gesamteinnahmen weitete sich 2002 auf 36 Prozent aus und sank 2003 auf 34 Prozent ab.

Die Einnahmen an **Landesabgaben** (einschließlich des 30%igen Landesanteiles an der Landesfremdenverkehrsabgabe stieg von 41,8 Millionen Euro (2002) auf 46,1 Millionen Euro (2003) an.

Einschließlich der vorhin erwähnten Einnahmen aus dem Finanzausgleich sind als wesentliche Einnahmen in den Landesvoranschlägen die **Zuschüsse und Beiträge** aus fremden öffentlichen Finanzquellen (Gebietskörperschaften) mit 936,4 Millionen Euro (2002) und 1.025,8 Millionen Euro (2003) veranschlagt. Insbesondere sind dabei zu erwähnen die Ersätze des Bundes für die Landeslehrer, Ersätze der Sozialhilfverbände, Zuschuss gemäß § 1 Zweckzuschussgesetz 2001, Finanzzuweisung aus dem Ertrag der Mineralölsteuer, Finanzzuweisung für umweltschonende und energiesparende Maßnahmen u. a.

Die Einnahmen aus den **Benützergebühren** (für die Benützung der land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen, der Schüler-, Landesaltenpflege-, Jugendheime u. a.) waren 2002 mit 39,4 Millionen Euro und 2003 mit 37,8 Millionen Euro budgetiert.

Für die Jahre 2002 und 2003 waren im ordentlichen Haushalt jeweils Gebärungsabgänge von 40,3 Millionen Euro bzw. 46,5 Millionen Euro ausgewiesen. In dem Ausmaß, in dem es nicht möglich war, während der genannten Jahre den Gebärungsabgang durch etwaige Ausgabeneinsparungen oder eventuelle Mehreinnahmen gegenüber dem Landesvoranschlag zu verringern, war es notwendig, den Abgang durch Aufnahme von Fremdmitteln (Anleihen und Darlehen) zu bedecken.

## LANDESVORANSCHLAG STEIERMARK, 2001 bis 2003

## Übersicht 7

	2001		2002		2003	
	in Mio. €	% v. ges.	in Mio. €	% v. ges.	in Mio. €	% v. ges.
<b>1. ordentlicher Haushalt</b>						
Ausgaben	3.494	+ 5,0	3.451	- 1,2	3.754	+ 8,9
Einnahmen	3.466	+ 13,0	3.411	- 1,6	3.707	+ 8,7
Abgang	28	- 89,2	40	+ 42,9	47	+ 17,5
<b>2. außerordentlicher Haushalt</b>						
Ausgaben	<b>70</b>	<b>- 35,2</b>	<b>73</b>	<b>+ 4,3</b>	<b>127</b>	<b>+ 74,0</b>
Einnahmen	70	+249,8	73	+ 4,3	127	+ 74,0
Abgang	0	± 0,0	0	± 0,0	0	± 0,0
<b>3. Gesamtabgang (o. H. u. ao. H.)</b>	28	- 92,0	40	+ 42,9	47	+ 17,5
<b>4. Finanzausgleich</b>	<b>1.213</b>	<b>+ 6,1</b>	<b>1.228</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>1.262</b>	<b>+ 2,8</b>
davon: Ertragsanteile	1.017	+ 5,3	1.017	± 0,0	1.049	+ 3,1
Landesumlage	59	± 0,0	59	± 0,0	61	+ 3,4
Kopfquotenausgleich	34	+ 8,4	34	± 0,0	34	± 0,0
Bedarfszuweisungen	102	+ 18,4	117	+ 4,7	117	± 0,0
Finanzausgleich in % d. Einnahmen	35,0		36,0		34,0	
Q.: Landesvoranschläge						

	2001		2002		2003	
	in Mio. €	% v. ges.	in Mio. €	% v. ges.	in Mio. €	% v. ges.
<b>Einnahmen-Gebarungsgruppen</b>						
1. Einnahmen mit Ausgabenverpflichtung	1.108,6	31,7	1.109,9	32,2	1.139,2	30,4
2. Zweckgebundene Einnahmen	112,1	3,2	69,2	2,0	75,0	2,0
3. Einnahmen mit Gegenverrechnung im eigenen Voranschlag	1,2	0,04	1,3	0,03	1,6	0,04
4. Allgemeine Deckungsmittel	2.244,1	64,2	2.230,3	64,6	2.491,2	66,4
5. Einnahmen zum Haushaltsausgleich	27,9	0,8	40,2	1,2	46,5	1,2
<b>gesamt</b>	<b>3.493,9</b>	<b>100,0</b>	<b>3.450,9</b>	<b>100,0</b>	<b>3.753,5</b>	<b>100,0</b>
<b>Ausgaben-Gebarungsgruppen</b>						
1. Leistungen für das Personal	1.319,2	37,8	1.342,6	38,9	1.361,7	36,3
2. Sachausgaben für die Hoheitsverwaltung	8,0	0,2	7,8	0,2	7,0	0,2
3. Investitionen für das eigene Landesvermögen	35,5	1,0	34,0	1,0	90,2	2,4
4. Förderungsausgaben	880,2	25,2	855,1	24,8	1.201,4	32,0
5. Sonstige Aufwandskredite	1.251,0	35,8	1.211,4	35,1	1.093,2	29,1
<b>gesamt</b>	<b>3.493,9</b>	<b>100,0</b>	<b>3.450,9</b>	<b>100,0</b>	<b>3.753,5</b>	<b>100,0</b>
Q.: Landesvoranschläge						



